

Berichterstattung vertieft die Spaltung der Gesellschaft

Mit reißerischen Überschriften wie „Großdemo außer Kontrolle“, „der Staat lässt sich vorführen“, „Das Konzept der Polizei hat klar versagt“ und „Das ist wie Pegida ohne Rassismus“ berichtete die Witzenhäuser Allgemeine am Montag über die Großdemo von Kritikern der Corona-Maßnahmen am 20.03.2021 in Kassel.

1.) Mit so gut wie keinem Wort wird dabei auf die Inhalte der Kundgebung eingegangen. Dabei wäre es wichtig, gerade denen, die nicht dabei waren, begreiflich zu machen, warum eine so große Minderheit der Bevölkerung gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße geht. Seit gut einem Jahr wird der medizinische, wissenschaftliche und politische Diskurs zur Einschätzung von Corona von Politik und den Medien massiv unterbunden. Der Öffentlichkeit werden nur die Expertisen zugänglich gemacht, die das regierungsamtliche Handeln unterstützen. Andere wissenschaftliche oder gesellschaftliche Einschätzungen werden totgeschwiegen oder diskriminiert. Das führt dazu, dass eine extrem einseitig beeinflusste gesellschaftliche Mehrheit Alternativem zum Lockdown und anderen Notstandsverordnungen gar nicht mehr denken kann. Ein umfassender und öffentlicher, sachlicher, wissenschaftlicher und demokratischer Diskurs über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und ihrer Folgeschäden wird damit systematisch verhindert. Statt dessen werden die Kritiker der Maßnahmen pauschal als dumm oder rechts stigmatisiert. Damit werden Hunderttausende oder Millionen von Menschen pauschal und nachhaltig als nicht mehr zur Gemeinschaft der Demokraten gehörend ausgegrenzt.

2.) Dass am 20.03. alles „weitgehend friedlich verlief“ und „keine Scheiben zerschlagen und Straftaten begangen wurden“ liegt in erster Linie an den über 20.000 friedlich und demokratisch demonstrierenden Menschen, die diesen Tag besonnen, freundlich und z.T. heiter gestalteten, also so, wie es ihrer Normalität entspricht. Da waren Bürgerliche und Linke, Familien, Konservative und Alternative, kritische und bisher unpolitische Menschen gemeinsam unterwegs, weil sie vor einem Abgleiten der jetzigen Verhältnisse in wirtschaftliche und kulturelle Depression und Chaos, sowie autoritäre Strukturen warnen wollten. Reichsbürger und Nazis sind uns nicht aufgefallen. Herr Vogel* meint, Nazis in diversen kleinen Gruppen gesehen zu haben. Das mag zum einen daran liegen, dass ihm dieses Milieu vertrauter ist als uns, zum anderen aber auch daran, dass bei einer so großen Menschenmenge wohl niemand jedem Anwesenden ins Herz, Hirn und Gesinnung schauen kann.

Der zweite Grund, der dazu führte, dass die Demonstration eben nicht (!) aus der Kontrolle lief, war das angemessene Verhalten der Polizei. Nicht die Polizeiführung, sondern Verwaltung und Politik im Vorfeld haben es zu verantworten, dass eine Veranstaltung, zu der mehr als 17.000 Menschen angemeldet wurden, sehenden Auges auf ein viel zu kleines Areal für nur 6.000 Menschen eingegrenzt wurde. Dadurch konnten ca. drei Viertel der z.T. von weit angereisten TeilnehmerInnen gar nicht auf die Schwanenwiese gelangen. Ihr Ausweichen in die Innenstadt wurde primär dadurch verursacht. Dort bestand dann tatsächlich Krawallgefahr, da eine Gruppe von Gegendemonstrant*innen den Zug hier behindern wollte. Die Polizei sorgte (wie wir hörten, etwas rigide) dafür, dass es hier nicht zu tätlichen Angriffen auf die Demonstration kam.

In den genannten Artikeln wird die Polizei nicht nur dafür kritisiert, dass sie wesentlich zum friedlichen Verlauf der Demo beitrug, sondern es wurden ihr auch vereinzelte „Solidaritätsbekundungen“ unterstellt. Wer an einem Tag, der vor dem aufgeheizten gesellschaftlichen Hintergrund für alle Beteiligten ein gewisses Spannungspotential barg,

und der dann friedlich endete, in der Erleichterung darüber auch mal ein freundliches Lächeln und einen Gruß zwischen den Formationen wagte, oder einen solchen erwiderte, reagierte einfach menschlich. Und wir sehen in den Polizistinnen und Polizisten, die gerade in dieser Zeit einen so schweren Job haben, keine Gegner, sondern Menschen. Und wenn eine freundliche Geste auch mal von einer Polizistin oder einem Polizisten erwidert wird, dann trägt das hundertmal mehr zur Befriedung einer Konfliktsituation bei als die Verdoppelung von Hundertschaften.

3.) Für besonders problematisch halten wir in der Montagsausgabe der Witzenhäuser Allgemeinen das Interview mit Herrn Christian Vogel*. Herr Vogel verunglimpft die DemonstrationsteilnehmerInnen pauschal als pegidaähnlich, Verschwörungstheorien aufgesessen, in einer Blase (als Corona“Leugner“) gefangen und „nach rechts sperrangelweit offen“. Er verbreitet das bekannte faschistoide Mantra „am besten redet man nicht über deren Inhalte“. Und er bezeichnet Redebeiträge als „widerwärtig“, die historische Vergleiche anstellen. Nach unserer Wahrnehmung hat kein Redner /keine Rednerin sich hier als Sophie Scholl bezeichnet oder die gegenwärtige politische Situation als nationalsozialistische Diktatur bezeichnet. Es wurden vielmehr historische Parallelen auf dem Weg von einer parlamentarischen Demokratie hin zu autoritären Regimen bis hin zum Faschismus aufgezeigt. Ein historischer Vergleich dieser Art ist nicht nur intellektuell statthaft und redlich, sowie politisch legitim, sondern nahezu geboten, wenn es darum geht, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und vor einer erneuten Fehlentwicklung zu warnen.

Ein Tabu oder gar Verbot, die Geschichte der Weimarer Republik gerade auch in ihrer Endphase diesbezüglich genauer anzuschauen und zu erwähnen, käme einer verordneten Geschichtsblindheit gleich. Ein solcher Vergleich ist keine Verharmlosung des darauf folgenden NS-Regimes! Er verhöhnt in keiner Weise dessen Opfer!! Und er hat erst recht absolut nichts mit Antisemitismus zu tun !!!

Wir verurteilen diese allgemeine Verleumdung der Corona-Maßnahmen-Kritiker hier auf das schärfste. Diese demagogischen Konstruktionen grenzen an Volksverhetzung. Wer auf diese Weise einen nicht unerheblichen Teil der Gesellschaft aus der Gemeinschaft der Demokraten auszugrenzen versucht, versündigt sich am innergesellschaftlichen Frieden. Egal, ob er sich aus historischer Unkenntnis oder absichtlich und mit propagandistischem Kalkül so äußert, mit solchen Entgleisungen stellt er seine Kompetenz als „Rechtsextremismus-Experte“* in Frage.

Ein Blick auf die Leserbriefe und viele andere Äußerungen aus der Mehrheit der Maßnahmen-Befürworter deuten darauf hin, dass die Saat der Gesellschaftsspaltung aufgeht. Hass und Hetze gegen die Maßnahmen-Kritiker nehmen zu. Wir fordern alle Demokraten auf (unabhängig davon, wie sie zu den Maßnahmen stehen), dieser Entwicklung entschlossen entgegen zu treten und den Raum wieder zu ermöglichen für einen differenzierteren demokratischen Dialog auf Augenhöhe.

R.O.S.E. Am 25.03.2020
info@wiz-talk.de